

2.1. Allgemeine Angaben zum Teilprojekt C7

2.1.1. **Titel:** Der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten: Privatisierung und Subventionsabbau in der OECD-Welt, 1980-2010

2.1.2. Projektleitung

Prof. Dr. Stefan Traub
geb. 22.06.1968, deutsch
Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik
(jetzt SOCIUM)
Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
Tel.: 0421/218-58581
E-Mail: traub@uni-bremen.de

Prof. Dr. Herbert Obinger
geb. 26.02.1970, österreichisch
Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik
(jetzt SOCIUM)
Mary-Somerville-Straße 5, 28359 Bremen
Tel.: 0421/218-58567
E-Mail: herbert.obinger@uni-bremen.de

2.2. Entwicklung des Teilprojekts

2.2.1. Bericht

a) Kenntnisstand und Ausgangsfragestellung bei der Antragstellung

In der ersten Phase des Teilprojektes C7 was zugleich die zweite Phase des Sfb war (2007-2010) wurde der Wandel des unternehmerisch tätigen Staates dokumentiert und erklärt. Die umfassende Bestandsaufnahme öffentlicher Unternehmen ergab, dass einerseits insgesamt ein Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten festgestellt werden konnte. So wurden öffentliche Unternehmen im großen Stil privatisiert, die Organisation und Kontrolle von Wettbewerb auf den liberalisierten Märkten für netzgebundene Dienstleistungen an Regulierungsbehörden übertragen und Subventionszahlungen an die gewerbliche Wirtschaft nicht zuletzt durch internationale Abkommen und europäische Rechtsvorschriften stark verringert. Unsere Daten belegten im Einklang mit der bestehenden Literatur insgesamt einen massiven Anstieg von Privatisierungen seit Beginn der Untersuchungsperiode. Mit einem neu entwickelten Privatisierungsindex zeigten Schmitt und Schuster (2010) am Beispiel des Telekommunikationssektors einen deutlichen Rückzug des Staates durch formelle und materielle Privatisierungen. Nationale Privatisierungsentscheidungen erfolgten keineswegs unabhängig voneinander. Schmitt (2011) zeigte, dass sich Regierungen insbesondere an der Privatisierungspolitik benachbarter Länder und wichtiger Handelspartner orientierten. Die umfassende Bestandsaufnahme des öffentlichen Unternehmertums, die in der zweiten Phase erfolgte, zeigte, dass die weit verbreitete Annahme, der Staat ziehe sich fast gänzlich zurück, pauschal nicht aufrechterhalten werden kann. Obwohl seit 1980 massive Privatisierungsmaßnahmen erfolgten, sind zahlreiche öffentliche Unternehmen neu gegründet worden.

Regulierung kann sowohl im Sinne einer angebotsorientierten marktfreundlichen Politik, zum Beispiel durch Einrichtung von politisch unabhängigen Regulierungsbehörden in Netzbereichen, als auch im Sinne einer marktfeindlichen Re-Regulierung des Wettbewerbs erfolgen. Zudem besteht eine starke Komplementarität zwischen Regulierung auf der einen und Liberalisierung auf der anderen Seite. In der Finanzierungsdimension konnte bis in die 1980er Jahre ein starker Anstieg der Subventionstätigkeit zugunsten exportorientierter und vom Strukturwandel bedrohter Industrien beobachtet werden. Seitdem kam es zu einer massiven Verringerung der Subventionsquoten in der OECD-Welt, die von einer Konvergenz der Subventionszahlungen begleitet wurde (Crößmann 2015).

In der zweiten Phase des Teilprojektes C7 was zugleich die dritte Phase des Sfb war (2011-2014) ging es darum, die Folgen des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten durch Privatisierung, Regulierung und Subventionsabbau für ein Sample von 21 OECD-Ländern im Zeitraum von 1980 bis 2010 empirisch-quantitativ zu untersuchen. Die Folgen von Privatisierung, Regulierung und Subventionsabbau sollten auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene und in den Sektoren Eisenbahn, Telekommunikation, Kohlebergbau und Stahlherstellung analysiert werden. Im Zentrum dieser Folgenbewertung standen die mit der neuen Konstellation von Staatlichkeit bei Erbringung des normativen Gutes Wohlfahrt verbundenen Effizienz- und Verteilungswirkungen (*Outcomes*) sowie die Reaktion (*exit, voice, loyalty*) der kollektiven politischen Akteure (politische Parteien, Gewerkschaften) und Marktteilnehmer (Unternehmen und Bürger). Die

Analyse erfolgte theoriegeleitet mit ökonometrischen Panel-Modellen auf Basis der REST-Datenbank (REtreat of the STate from Entrepreneurial Activities), die dokumentiert online gestellt ist. Die Ergebnisse sind in einer Abschlussmonographie zusammengefasst (Obinger u.a. 2016).

b) Ergebnisse und angewandte bzw. neu entwickelte Methodik

Die REST-Datenbank (Schuster u.a. 2013), die alle zentralen Dimensionen des unternehmerischen Interventionsstaates (Privatisierung, Subventionsabbau und Regulierung) abbildet, wurde durch intensive Recherchen bei den nationalen Ministerien und Privatisierungsagenturen weitergeführt und abgeschlossen. Dabei ist es erstmals gelungen, den Bestand und den Verkauf praktisch aller öffentlichen Unternehmen in den Untersuchungsländern seit 1980 systematisch zu dokumentieren. Gleichzeitig wurden unternehmensspezifische Informationen zu den rund 1200 (ehemals) öffentlichen Unternehmen des Samples erhoben. Insbesondere durch die Auswertung von Geschäftsberichten, Firmendatenbanken und die Bereitstellung von archivierten Finanzdaten durch die Unternehmen konnten sowohl qualitative Informationen wie Staatsanteil, Unternehmensform und Wirtschaftszweig als auch quantitative Daten wie Umsatzerlöse und Mitarbeiterzahl pro Unternehmen und Jahr gesammelt werden.

Die Datenbank umfasst also sowohl Primär- als auch Sekundärdaten. Herzstück der Datenbank sind die Daten zum öffentlichen Unternehmertum, aufgegliedert in drei Bereiche: Privatisierung bzw. öffentliche Wertschöpfung/Besitz, Regulierung und Subventionen. Der Datensatz umfasst derzeit jährliche Daten zu 1200 öffentlichen Unternehmen, die zu einem Index verdichtet wurden, der den Stellenwert öffentlichen Unternehmertums in 21 Ländern im Zeitraum zwischen 1980 und zurzeit 2010 abbildet. Mit diesem quantitativen Index lassen sich nun formelle wie materielle Privatisierungsschritte integriert darstellen. Erstmals konnten so für jeden Bereich Indizes als Bestandsindikatoren öffentlichen Unternehmertums gebildet werden, die mehr Informationen bieten, als die üblichen Stromgrößen-Indikatoren wie Privatisierungserlöse. Darüber hinaus ermöglichen die REST-Daten die Abbildung von (Re-)Nationalisierungen.

Die REST-Datenbank ist seit Anfang 2014 im WWW unter <http://www.rest.uni-bremen.de/> veröffentlicht und samt Dokumentation zur allgemeinen Nutzung freigegeben. Die Datenbank wird unter der Federführung von Stefan Traub weiterhin aktualisiert und laufend technisch dokumentiert.

Outcomes: Die empirisch-quantitative Analyse erfolgte zum einen gesamtwirtschaftlich und zum anderen bezogen auf ausgewählte Sektoren (Eisenbahn, Telekommunikation, Kohlebergbau, Stahlproduktion). Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Perspektive und alle drei Dimensionen untersuchten Schuster u.a. (2013) Ausmaß und Timing des Rückzugs des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten in 20 OECD-Ländern im Zeitraum 1980 bis 2007. Anhand von vier Indikatoren (Beschäftigung, Umsätze, Subventionen und Regulierung) zeigten sie, dass die Variabilität der Staatstätigkeit insgesamt anstieg. Die Untersuchung von Betakonvergenz und bedingter Betakonvergenz im Error-Correction-Modell zeigte für die Subventionierung einen klaren Konvergenztrend, für die Privatisierung nur einen schwachen Konvergenztrend und für die Regulierung keinen Konvergenztrend. Schmitt und Obinger (2015) erweiterten den Untersuchungshorizont öffentlichen Unternehmertums zudem anhand historischer Daten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts.

In der zweiten Teilprojektphase wurden in C7 auch detaillierte Untersuchungen der einzelnen Dimensionen und einzelner Sektoren durchgeführt. Etling und Mause (2012) analysierten kritisch die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der empirischen Messung von Regulierung. Etling (2014) betrachtete die wettbewerbsorientierten Reformen (Privatisierung, Liberalisierung und Regulierung) im Postsektor in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Sozioökonomischer Problemdruck und die EU-Politik haben Reformen des Postsektors wesentlich beeinflusst, wobei ökonomischer Problemdruck eher im Bereich der Privatisierung wirkte, während die Rolle der EU insbesondere in der Regulierungs- und Liberalisierungsfrage bedeutsam war. In diesem Zusammenhang war die ideologische Neuausrichtung der politischen Parteien zugunsten marktliberaler Positionen und somit der politische Wille zur Umsetzung der Restrukturierungsmaßnahmen wichtig. Zudem spielten die Möglichkeiten der Regierungen, Schuldzuweisungen durch den Wähler zu vermeiden („blame avoidance“), bei der Durchführung der Reformen eine wesentliche Rolle. Zentral für die Vermeidung von Schuldzuweisungen waren dabei die Konfiguration des Parteienwettbewerbs und die unterschiedliche institutionelle Ausgestaltung der Regierungssysteme.

Im Bereich der Subventionierung im Eisenbahnsektor untersuchten Crößmann und Mause (2014) die Bestimmungsgründe von Subventionen in 25 europäischen Ländern. Sie zeigten, dass Länder mit hohem Grad an ökonomischer Entwicklung und mit großem Schienennetz hohe Subventionszahlungen leisteten.

Staatsrückzug

Zudem erklärten die parteipolitische Ausrichtung der Regierung und die Kabinettszusammensetzung länderspezifische Unterschiede im Subventionsniveau. Sie kamen zu dem überraschenden Ergebnis, dass linke Regierungsparteien weniger Subventionen gewährten als rechte oder bürgerliche Parteien. Dieses Ergebnis widerspricht der traditionellen Parteiendifferenztheorie, bestätigt aber Untersuchungsergebnisse anderer Autoren zu Industriesubventionen. Auch Crößmann (2015) konnte dieses Ergebnis bestätigen. In ihrer Untersuchung von 11 europäischen Ländern im Zeitraum 1981 bis 2010 zeigte sie, dass linke Parteien den Subventionsabbau stärker forcierten als rechte oder bürgerliche Parteien und dass Globalisierung sowie die international steigende Güternachfrage den Subventionsabbau antrieben.

Für den Post- und Telekommunikationssektor untersuchte Schmitt (2014), ob die Privatisierung dieser Netzwerksektoren zu einer Verringerung des Arbeitskräftebestandes führt. Weiter ging sie der Frage nach, ob negative Effekte vor oder nach dem Verkauf des öffentlichen Unternehmens eintraten. Privatisierung hatte tatsächlich einen Rückgang der Beschäftigtenzahlen zur Folge und zwar auch dann, wenn der Staat noch einziger Anteilseigner war. Zudem zeigte sich, dass linke Parteien den Beschäftigungsabbau bremsen, obwohl sie an den Privatisierungsmaßnahmen beteiligt waren. Schmitt und Schuster (2010) und Schuster (2013) betrachteten den Effekt von Privatisierung auf die Konsumentenwohlfahrt. Für den Telekommunikationssektor wurde ein positiver Effekt auf Qualität und Quantität festgestellt, während der Preiseffekt nicht eindeutig war. Schuster (2013) untersuchte den Universaldienst im Postsektor. Privatisierung führte zu einem substantiellen Rückgang der Postamtsdichte und somit zu einem verminderten Zugang zur Postdienstleistung, was einen Qualitätsrückgang impliziert.

Reaktionen: Mit Hilfe eines neu zusammengestellten Datensatzes widmeten sich Obinger u.a. (2014) der Frage, ob sich Parteiendifferenzen in Bezug auf Privatisierung im Zuge der Globalisierung vermindert haben, wie mehrfach in der jüngeren Literatur behauptet wurde. Es zeigte sich, dass Parteiendifferenzen unvermindert eine Rolle beim Zeitablauf und der Tiefe von Privatisierung spielen, wenn als Untersuchungseinheit nicht Jahre sondern Regierungskabinette bzw. ihre Dauer zugrunde gelegt werden. Paetzel u.a. (2014) untersuchten, wie soziale Präferenzen politische Reformen wie Privatisierung, Deregulierung und Subventionsabbaus beeinflussen. Insbesondere untersuchten die Autoren die Hypothese eines Anti-Reform-Bias oder Status-Quo-Bias, der durch individuelle Unsicherheit über die Verteilung von Reformgewinnen und -verlusten einer insgesamt die Wohlfahrt steigernden Reform verursacht wird. Die empirisch-experimentelle Untersuchung zeigte, dass der Anti-Reform-Bias durch soziotropes Wählerverhalten abgeschwächt wird: Viele potentielle Reformverlierer stimmten wohlfahrtsteigernden Reformen aus Effizienzliebe zu. An diese Analyse des Anti-Reform-Bias knüpften Krügel und Traub (2015) an. Sie untersuchten ebenfalls empirisch-experimentell im Rahmen eines „Gift-Exchange“-Spiels, unter welchen Umständen sich ein Scheitern der Umsetzung von Privatisierung auf das Verhalten der Beschäftigten in diesem Unternehmen zurückführen lässt. Privatisierung ist prinzipiell nur dann umsetzbar, wenn der vom Arbeitseinsatz der Beschäftigten abhängige Unternehmenswert hoch genug ist. Privatisierung stellt eine Reform dar, die mit hoher Unsicherheit für die Beschäftigten verbunden ist. Die Studie zeigte, dass Beschäftigte einen gewissen Anreiz haben, Privatisierung durch „bummeln“ zu boykottieren, wenn die individuelle Unsicherheit hoch ist. Zahlt das Unternehmen jedoch im Vorfeld der Privatisierung Löhne, die von den Beschäftigten als fair empfunden werden (Effizienzlöhne), so steigt auch die Zustimmung zur Privatisierung.

Abschließend ist festzuhalten, dass der Rückzug des Staates aus unternehmerischen Tätigkeiten kein glatter und unumkehrbarer Prozess gewesen ist. Innerhalb der zweiten Teilprojektphase konnte die Stabilität des Transformationsprozesses im „natürlichen Experiment“ der Großen Rezession von 2007/ 2008 untersucht werden. Seit dem Ausbruch der Krise ist die unternehmerische Tätigkeit des Staates wieder verstärkt in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Spektakuläre Rettungs- und Verstaatlichungsaktionen im Finanzsektor aber auch im industriellen Sektor, wie GM/Opel, stützten die Hypothese einer „Letztverantwortung“ des Staates für die Erbringung normativer Güter. Nach zwei Dekaden der Privatisierungspolitik schien sich eine Trendwende abzuzeichnen. Eine erste Analyse der gesammelten Daten über die Verstaatlichungsaktivitäten in 21 OECD Ländern zwischen 2008 und 2012 zeigte, dass sich diese Welle der Übernahme privater Aktivitäten durch den Staat in mehreren Punkten stark von den traditionellen Mustern öffentlichen Unternehmertums unterschied: Vorrangig war die Finanzbranche betroffen, andere Sektoren spielten bis auf spektakuläre Einzelfälle kaum eine Rolle. Zudem war der Zeithorizont der staatlichen Beteiligungen begrenzt. Obwohl sich der Staat zum Teil Sonderrechte auf Vorzugsaktien einräumen ließ, etwa im Bereich der Mitsprache bei der Vorstandsbesetzung und Vorstandsvergütung, verhielt sich die öffentliche Hand gegenüber früheren Beteiligungen deutlich zurückhal-

tender, was Eingriffe in die unternehmerischen Zielsetzungen und Tätigkeiten anging (Obinger u.a. 2016).

c) Bezüge zu und Kooperationen mit anderen Teilprojekten im Sonderforschungsbereich

Das Teilprojekt C7 ist in der „Interventionsdimension“ angesiedelt. Ziel des Interventionsstaates ist es, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren und ihn möglichst gerecht zu verteilen. Der Wandel des Interventionsstaates wurde in C7 hauptsächlich auf der modalen Achse der Privatisierung untersucht. In der dritten Projektphase bzw. unserer zweiten Teilprojektphase ging es um die Folgenanalyse und die Folgenbewertung. Inhaltliche Kooperationen gab es mit Teilprojekt D6. Zudem ist die Entstehung des Verfassungsschrankenindex in Kooperation mit Teilprojekt A1 hervorzuheben: Die Entwicklung dieses Index wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Markus Krajewski (jetzt Universität Erlangen) durchgeführt. Im Teilprojekt wurde ein Fragebogen erarbeitet, der die für Privatisierung relevanten Schranken einer Verfassung abfragt. Dieser wurde schließlich an Verfassungsrechtler in 20 Ländern weitergegeben, die diesen Fragebogen beantworteten. Auf Grundlage dieser Informationen wurde ein additiver Index entwickelt, der die Verfassungsschranken im internationalen Vergleich erfasst.

d) Vergleiche mit Arbeiten außerhalb des Sonderforschungsbereichs

Teilprojekt C7 leistet theoretische und empirische Beiträge zur politischen Ökonomie der Privatisierung. Die erste Privatisierungswelle wurde in den englischsprachigen Ländern in Gang gebracht, aber fast alle OECD Länder haben innerhalb der letzten 30 Jahre bedeutende Privatisierungsprogramme durchgeführt. Obwohl Privatisierung ein globales Phänomen darstellt (OECD 2003), können große Unterschiede im Zeitablauf und Ausmaß der Privatisierung öffentlicher Unternehmen zwischen den Ländern beobachtet werden. Ein besonderes Augenmerk des Teilprojektes lag auf der Erklärung dieser Variationen durch bestimmte länderspezifische Faktoren (Weichensteller). Im Gegensatz zu quantitativen und qualitativen Literaturbeiträgen außerhalb des Sfb (Boix 1997; Bortolotti & Siniscalco 2004; Schneider & Tenbücken 2004; Belke u.a. 2007; Schneider & Häge 2008; Zohlnhöfer u.a. 2008) wurden im Forschungskonzept von C7 zwei Formen der Privatisierung unterschieden. Das Konzept der *formellen* Privatisierung umfasst dabei die Veränderung innerhalb der Rechtsform eines zu privatisierenden Unternehmens. Die *materielle* Privatisierung umfasst schließlich den Übergang der Unternehmensanteile von der öffentlichen in private Hand. Die REST-Datenbank erweitert daher existierende Datenbanken wie privatization.org und privatizationbarometer.net erheblich, die fast ausschließlich materielle Privatisierungsdaten in Form von Stromgrößen bereitstellen.

Parallel zur Teilprojektarbeit in der dritten Projektphase haben sich auch in der Literatur zur Privatisierung Entwicklungen ergeben, die mit den Ergebnissen des Teilprojekts C7 abzugleichen waren. So rückten wie auch in C7 zunehmend räumliche Politikinterdependenzen in den Blick empirischer Analysen. So hat Fink (2011) festgestellt, dass Privatisierungen von Telekommunikationsunternehmen einem räumlichen Muster folgten, das auf Nachahmungseffekte schließen lässt. Auch die Analyse des Effekts der Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen auf die Konsumentenwohlfahrt gewann an Bedeutung (z.B. für Häfen Czerny u.a. 2013; für Straßen Winston & Yan 2011). Wie auch in den Arbeiten aus C7 ergeben sich in der Regel sektor- und länderspezifische Wohlfahrtseffekte. Lediglich im Bereich der Telekommunikation ist von einem allgemeinen Anstieg der Konsumentenwohlfahrt auszugehen.

2.2.2. Teilprojektrelevante eigene Publikationen (vornehmlich aus der letzten Phase)

In 2.2.1. sind diese Ergebnisse unterstrichen. Verfasser in [Klammern] sind keine Sfb-Mitarbeiter.

(I.) Begutachtete Beiträge für

(a.) wissenschaftliche Zeitschriften

1. Crößmann, Katharina & Karsten Mause (2014) Rail Subsidization in the European Union: An Issue Beyond Left and Right? *Comparative European Politics* (advance online publication: doi: 10.1057/cep.2014.2).
2. Etlings, Andreas & Karsten Mause (2012) Die Vermessung des Regulatorischen Staates: Ein kritischer Überblick über Wirtschaftsregulierungs-Indizes, *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 6:1, 65-86.
3. Obinger, Herbert, Carina Schmitt [& Reimut Zohlnhöfer] (2014) Partisan Politics and Privatization in OECD Countries, *Comparative Political Studies* 47:9, 1294-1323.
4. Paetzel, Fabian, [Rupert Sausgruber] & Stefan Traub (2014) Social Preferences and Voting on Reform: An Experimental Study, *European Economic Review* 70:C, 36-55.
5. Schmitt, Carina (2014) The Employment Effects of Privatizing Public Utilities in OECD-Countries, *Public Management Review* 16:8, 1164-1183.

Staatsrückzug

6. Schuster, Philipp B. (2013) One for All and All for One: Privatization and Universal Service Provision in the Postal Sector, *Applied Economics* 45:26, 3667-3682.
 7. Schuster, Philipp B., Carina Schmitt & Stefan Traub (2013) The Retreat of the State from Entrepreneurial Activities: A Convergence Analysis for OECD Countries, 1980-2007, *European Journal of Political Economy* 32:1, 95-112.
(c.) *Sammelbandbeiträge*
 8. Schmitt, Carina & Herbert Obinger (2015) The Rise and Transformation of the State-owned Enterprise Sector, in: Heinz Rothgang & Steffen Schneider, Hg. *State Transformations in OECD Countries. Dimensions, Driving Forces, and Trajectories*, Basingstoke: Palgrave, 19-39 (*Transformations of the State Series*).
- (II.) *Nicht-referierte Beiträge für*
- (a.) *wissenschaftliche Zeitschriften*
 9. Krügel, Philipp & Stefan Traub (2015) Employee Behavior and Resistance to Reform. Paper presented at 2014 ESA European meeting in Prague, Czech Republic (Veröffentlichung in Vorbereitung; als PDF unter C7 auf CD Rom beigefügt).
 - (b.) *monographische Reihen*
 10. Etling, Andreas (2014) *Privatisierung und Liberalisierung im Postsektor eine vergleichende Analyse der Reformpolitik in Deutschland, Großbritannien und Frankreich seit 1980*, Frankfurt a.M.: Campus (Reihe *Staatlichkeit im Wandel*).
 11. Crößmann, Katharina (2015) Die politische Ökonomie des Subventionsabbaus in der Europäischen Union im Zeitraum 1981 bis 2010, Taunusstein: Driesen.
 12. Obinger, Herbert, Carina Schmitt & Stefan Traub (2016) *The Political Economy of Privatization in Rich Democracies*, Oxford: Oxford University Press (Man. eingereicht, zur Veröffentlichung angenommen und als PDF unter C7 auf CD Rom beigefügt).

2.3. Weitere Literatur

- Belke, Ansgar, Frank Baumgärtner, Ralph Setzer & Friedrich Schneider (2007) The Different Extent of Privatisation Proceeds in EU Countries: A Preliminary Explanation Using a Public Choice Approach, *Finanzarchiv* 63:2, 211-243.
- Boix, Charles (1997) Privatizing the Public Business Sector in the Eighties: Economic Performance, Partisan Responses and Divided Governments, *British Journal of Political Science* 27:4, 473-96.
- Bortolotti, Bernardo & Domenico Siniscalco (2004) *The Challenges of Privatisation. An International Analysis*, Oxford: Oxford University Press.
- Czerny, Achim, Felix Höffler & Se-il Mun (2013) Port Competition and Welfare Effect of Strategic Privatization, Köln: Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln. EWI Working Paper, 13/13.
- Fink, Simon (2011) A contagious concept: Explaining the Spread of Privatization in the Telecommunications Sector, *Governance* 24:1, 111-139.
- OECD (2003) *Privatising State-Owned Enterprises. An Overview of Policies and Practices in OECD Countries*. Paris: OECD.
- Schmitt, Carina (2011) What Drives the Diffusion of Privatization Policy? Evidence from the Telecommunications Sector, *Journal of Public Policy* 31:1, 95-117.
- & Philipp B. Schuster (2010) New Public Management Reform in European Countries: The Retreat of the State from Telecommunication Services, Bremen: Universität, Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, TranState Working Paper 116.
- Schneider, Volker & Frank Häge (2008) Europeanization and the Retreat of the State, *Journal of European Public Policy* 15:1, 1-19.
- & Marc Tenbrücken, Hg. (2004) *Der Staat auf dem Rückzug. Die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt a.M.: Campus.
- Winston, Clifford & Jia Yan (2011) Can Privatization of US Highways Improve Motorists' Welfare?, *Journal of Public Economics* 95:7, 993-1005.
- Zohlnhöfer, Reimut, Herbert Obinger & Frieder Wolf (2008) Partisan Politics, Globalisation and the Determinants of Privatization Proceeds in Advanced Democracies 1990-2000, *Governance* 21:1, 95-121.